



Im letzten Jahr hat die Kultusministerkonferenz (KMK) wieder einmal gezeigt, dass sie keine zukunftsweisenden Antworten auf die drängenden schulpolitischen Fragen hat. Ihre Empfehlungen zum Umgang mit der Pandemie waren und sind auf Prüfungen und Abitur ausgerichtet. Wie die physische und psychische Gesundheit der Schüler_innen und Beschäftigten zu schützen ist, war und ist allerhöchstens zweitrangig. Noch stärker wurde die fehlende Zukunftsorientierung an der am 20. Oktober 2020 vorgelegten Ländervereinbarung, die das sogenannte Hamburger Abkommen vom 28. Oktober 1964 in der Fassung vom 14. Oktober 1972 ersetzen soll, deutlich. Sie ist rückwärtsgewandt. Der Status quo einer Bildungspolitik der 1950er-Jahre West wurde so festgeschrieben: Prüfungen werden zentralisiert und normiert, noch mehr Tests und Bildungsstandards. Geht es nach der KMK, wird es alte Pädagogik im digitalen Gewand geben. Von Inklusion, dem gemeinsamen Lernen aller Kinder und Jugendlichen zur Verwirklichung von Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit, verabschiedet sich die KMK weitgehend. Gesamt- und Gemeinschaftsschulen tauchen nicht mehr auf. Statt einem Bildungsrat wird nun eine wissenschaftliche Kommission eingesetzt, die von der KMK gesteuert werden kann. Gewerkschaften werden nicht regelhaft beteiligt. Die Ländervereinbarung wird in keinem

Länderparlament diskutiert und verabschiedet. Undemokratisch, intransparent und weitgehend hinter verschlossenen Türen werden bildungspolitische Weichen der Zukunft für alle 16 Bundesländer gestellt.

Und in Hamburg ist es nicht besser: Bereits die Beratungen zum Koalitionsvertrag im Frühjahr 2020 sind fast klammheimlich hinter verschlossenen Türen abgehalten worden. Während an den Schulen seit über 13 Monaten alle weit über ihre Maßen ihr Bestes geben (s. auch in dieser hlz die Erfahrungsberichte), damit Schule und Unterricht überhaupt läuft, arbeitet die Schulbehörde still und heimlich die Beschlüsse des Koalitionsvertrags und des Schulstrukturfriedens ab. Da die Deputationen abgeschafft sind, hat die BSB fast freie Hand. Die Bildungspläne werden überarbeitet. An

kuert? Nichts! Ein Entwurf zur Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die allgemeine Hochschulreife (APO-AH) ist auf Seiten der BSB erstellt worden und den Kammern wird nur wenig Zeit für eine Stellungnahme gegeben. Der Entwurf atmet den Geist des Gestrigen: Die Entwicklung in Richtung einer zergliederten Einzelfachschule, in Richtung einer Schule, die sich vor allem an einem abfragbaren Wissenskanon orientiert und die Förderung sozialer und kultureller Kompetenzen vernachlässigt. Zu befürchten ist darüber hinaus, dass dieser pädagogische Rückschritt die Segregation in Hamburgs Schulstruktur des „Zwei-Säulen-Modells“ weiter befördert.

Was wir jetzt brauchen, ist eine Auswertung der Coronapandemie mit ihren Auswirkungen auf den schulischen Bereich mit Blick auf eine Pädagogik, die nicht eingrenzt und das Sozialkulturelle noch weiter vernachlässigt. Unter breiter Beteiligung von allen Akteur_innen muss jetzt diskutiert und beraten werden, welche Maßnahmen in den nächsten Jahren für die Schulen und insbesondere für die Schüler_innen notwendig sind, um die psychischen und sozialen Auswirkungen der Pandemie

Anja Bensinger-Stolze, Fredrik Dehnerdt, Sven Quiring

Mehr Zeit und mehr Demokratie!

die Schulöffentlichkeit dringt dies nur durch eine kleine Notiz am Ende des Newsletters der BSB vom 19.3.21. Dort wird die Zahl der Woche vorgestellt: 146. Wenn man weiter liest, heißt es, dies sei die Anzahl der an der Überarbeitung der Bildungspläne beteiligten Kolleg_innen aus der Abteilung B3. Nichts weiter. Wann werden sie vorgestellt? Wann werden sie öffentlich dis-

aufzufangen. In den kommenden Jahren müssen die Schüler_innen entlastet und unterstützt werden! Kein weiter so! Kein Zurück! Es wird eine neue Herausforderung für die Schulen und die pädagogisch Beschäftigten sein. Deshalb brauchen auch sie Entlastung. Mehr Zeit für die pädagogische Arbeit in den Schulen ist erforderlich, ebenso demokratische Teilhabe!